

# IGMmigration

RESSORT MIGRATION/INTEGRATION



## Willkommenskultur: Chaos der Konzepte

VIELFALT IM BETRIEB

**Meyer Werft:  
Arbeit in Angst**

AUS- UND WEITERBILDUNG

**Betriebsräte-Nachwuchs:  
Fit für Ford**

AUS POLITIK UND GESELLSCHAFT

**NSU-Ausschuss:  
„Es ändert sich nichts“**



EDITORIAL

**von Christiane Benner** 3

WILLKOMMENSKULTUR

**Chaos der Konzepte** 4

**Keiner will kommen** 5

**Dialoge in Düsseldorf** 6

VIELFALT IM BETRIEB

**Meyer Werft: Arbeit in Angst** 7

**Meilensteine gegen den Missbrauch** 8

**Meldungen** 9

AUS- UND WEITERBILDUNG

**Betriebsräte-Nachwuchs: Fit für Ford** 10

**Anerkennungsgesetz: Mehr Schein als Sein** 11

RECHT UND GESETZ

**Meldungen** 13

AUS POLITIK UND GESELLSCHAFT

**„Es ändert sich nichts“: Interview mit  
Rechtsanwalt Yavuz Narin über den NSU-  
Ausschuss des Deutschen Bundestages und  
das Migrantenbild in deutschen Behörden** 14

DIE LETZTE SEITE

**Diktatur der Uhr** 16



**Titelbild „Diktatur der Uhr“, Jim Avignon (Berlin).**  
Mehr Infos dazu auf Seite 16

IMPRESSUM

Herausgeber: Detlev Wetzels, Jörg Hofmann, Jürgen Kerner, IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069-6693-2918,  
E-Mail: igm-migration@igmetall.de // Redaktion: Ressort Migration/Integration // Redaktionelle Mitarbeit: DGB Bildungswerk, Bereich Migration & Qualifizierung,  
Düsseldorf, PreWiTec, Wuppertal, Tina Adomako, Düsseldorf // Gestaltung: kus-design, Mannheim // Druck: alpha print medien AG, Darmstadt

## LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

*in Zukunft entfällt für in Deutschland geborene Kinder von Eltern ohne deutschen Pass der sogenannte Optionszwang. Also der Zwang, sich zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr auf eine Staatsangehörigkeit festzulegen. Darauf haben sich CDU/CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag geeinigt. Dadurch wird eine unserer zentralen Forderungen an die Parteien erfüllt. Das Engagement vieler Metallerinnen und Metaller für eine vernünftige, fortschrittliche Lösung hat sich gelohnt! Bei der Umsetzung des Gesetzes müssen wir nun darauf achten, dass unbürokratische Regelungen für bisher nach dem Optionszwang Ausgebürgerte geschaffen werden.*

*Weitere Erfolge für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die angekündigte Einführung des flächendeckenden Mindestlohns, die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren sowie Verbesserungen beim Arbeitnehmer-Entsendegesetz, bei Leiharbeit und Werkverträgen.*

*In puncto Willkommens- und Anerkennungskultur haben Union und SPD wichtige Chancen vertan. Anstatt endlich ein modernes, einfaches und transparentes Zuwanderungsrecht zu schaffen, bleibt es bei dem Wirrwarr verschiedener Aufenthaltsgesetze und Verordnungen, bei dem selbst Fachleute kaum noch durchblicken. Ein ähnlich unübersichtliches Bild bietet sich bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen. Kein Wunder, dass kaum Fachkräfte nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten und zu leben!*

*Mir fallen beim Thema „Willkommenskultur“ für Fachkräfte aus dem Ausland ohnehin zunächst die vielen Migrantinnen und Migranten mit und ohne deutschen Pass ein, die seit Jahrzehnten Teil dieser Gesellschaft, unsere Kolleginnen und Kollegen sind. Sie kommen in der Debatte meist nicht vor.*

*Trotz vieler Schwächen und blinder Flecken: Die Debatte um eine Willkommens- und Anerkennungskultur bietet vielleicht die Chance, migrationspolitische Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und Verbesserungen zu erreichen. Deshalb wird sich die IG Metall weiter in diese Diskussion einbringen.*

*Was heißt das eigentlich, Willkommenskultur? Wo liegen die Herausforderungen? Diese Fragen sind Schwerpunkt dieser Ausgabe der IGMigration und der Bundesmigrationskonferenz, die vom 2. bis 4. April 2014 in Sprockhövel stattfindet. Die Konferenz bietet ein gutes Forum zum Austausch, zur Strategiediskussion und um Forderungen an die Politik zu formulieren.*

*Am 25. Mai 2014 wird ein neues Europaparlament gewählt. Das Thema Zuwanderung scheint ins Zentrum des Wahlkampfs zu rücken. Nicht immer wird die Debatte dabei sachlich geführt, wie die Diskussion um sogenannte „Armutszuwanderer“ aus Rumänien und Bulgarien zeigt.*

*Populismus, ausgrenzenden und nationalistischen Tönen werden wir daher unser Bild von einem sozialen Europa und Solidarität entgegensetzen. Wir werden nicht zulassen, dass ein weiteres Mal Wahlkampf auf Kosten von Migrantinnen und Migranten, Flüchtlingen, Minderheiten gemacht wird.*



Christiane Benner



Foto: IG Metall

Christiane Benner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall



# Chaos der Konzepte

**Wann ist eine Migrantin willkommen? Wann wird ein Migrant anerkannt? Weil es in Deutschland an Fachkräften mangelt, fordern Politik und Wirtschaft eine neue Willkommenskultur. Aber nicht alle meinen das Gleiche.**

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) definiert modellhaft drei Phasen im Zuwanderungsprozess. Der „Vorintegration“ im Herkunftsland folgt die „Erstorientierung“ in Deutschland und danach die „Etablierung in Deutschland“ (→ Grafik). Nur in den ersten beiden Phasen findet ein „Willkommen“ statt. Die „Willkommenskultur“ richtet sich daher an „alle legalen Neuzuwandernden“. In der dritten Phase hingegen spricht das BAMF von einer „Anerkennungskultur“, die verstanden wird als „die Anerkennung aller in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund durch die Aufnahmegesellschaft, wobei die Wertschätzung der Potenziale im Mittelpunkt steht“.

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) macht diesen Unterschied nicht. Seiner Definition zufolge kann eine „gelebte Willkommenskultur“ dazu beitragen, die Eingliederung von Mitarbeitern in den Arbeitsprozess zu erleichtern, neue Märkte und Kundengruppen im In-



Foto: ©Wilke – Fotolia.com

und Ausland zu erschließen und das Image und das öffentliche Ansehen eines Unternehmens zu erhöhen. Wer willkommen sein soll, sagt der BDA explizit: „Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hängt entscheidend von gut qualifizierten Arbeitnehmern ab.“

## Gefahr: Migranten werden wieder zu „Gästen“

Die Fachstelle Diversity Management im bundesweiten Netzwerk „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ kritisiert die Beschränkungen. Der Vorwurf: Die Verkürzung der Willkommenskultur auf Neuzugewanderte schließt bereits in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten aus und birgt die Gefahr, die Trennung zwischen „Gastgeber“

und „Gast“ wiederzubeleben. Die Fachstelle fordert daher ein „nachträgliches Willkommen“ für diese Menschen, eine Anerkennung ihrer Lebensleistung sowie mehr Rechte und Möglichkeiten auf gesellschaftliche Teilhabe.

## Sinnvolle Unschärfe: Experten raten zu milieugerechter Deutung

Zudem wird die Konzentration auf hochqualifizierte Zielgruppen in Frage gestellt. Asylbewerber und -bewerberinnen sowie Flüchtlinge, die aus humanitären Gründen Aufnahme in Deutschland finden, dürften nicht ausgeschlossen werden. „Willkommenskultur betrifft alle“, betont die Fachstelle. „Sie steht für den Gedanken, dass Integration, egal ob gesellschaftlich oder arbeitsmarktbezogen, nicht nur eine Leistung der Migrantinnen und Migranten ist, sondern auch eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft, mit all ihren bereits in Deutschland lebenden Menschen und ihren Institutionen.“

Der Migrationsforscher Friedrich Heckmann spricht angesichts dieser inflationären Begriffsvielfalt von einer „sinnvollen Unschärfe“. Allerdings mache sie es möglich, die Willkommenskultur „in unterschiedlichen Kontexten milieugerecht produktiv anzuwenden: beim Bundesverband der deutschen Industrie wie im Fußballverein oder in einer Stadtverwaltung“.

„In diesem Sinne ist auch die IG Metall gefordert, ihr eigenes Verständnis einer Willkommenskultur zu entwickeln“, sagt Petra Wlecklik vom Ressort Migration/Integration. „Auf der nächsten Bundesmigrationskonferenz im April 2014 wollen wir damit beginnen, aufzuklären, zu sensibilisieren und öffentliche Initiativen anzustoßen.“ ■



Quelle: BAMF

Von der Green Card für IT-Experten bis zur Blauen Karte EU für Studierende: Die Bundesregierungen haben seit 2001 viele Reformen eingeleitet, um mehr Fachkräfte ins Land zu locken. Dennoch ist Deutschland für viele Menschen aus Nicht-EU-Staaten ein sehr seltenes Ziel. Experten fordern daher eine Informationsoffensive, etwa ein mehrsprachiges Informationsportal oder Fachkräftebeauftragte in den deutschen Konsulaten.

### Unklare Botschaft: Es fehlen eindeutige Signale

„Deutschland ist in der Welt nicht als Einwanderungsland bekannt“, erklärt Talibe Süzen diese Entwicklung. Sie arbeitet als Referentin für interkulturelle Kinder- und Jugendhilfe beim Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt in Berlin und gehört dem Gesprächskreis „Migration und Integration“ der Friedrich-Ebert-Stiftung an. „Während wir um Hochqualifizierte werben, erklären wir alle anderen, die auch gerne kommen würden, zu unerwünschten Personen. Was fehlt, ist ein eindeutiges Signal des Willkommens.“

Ausländischen Akademikerinnen und Akademikern bietet Deutschland heute nahezu unbeschränkte Einwanderungsmöglichkeiten. Fachkräfte ohne Hochschulabschluss aber haben diese Chance nicht (→ Kasten).

Und es gibt weitere Hemmschwellen. Wer will schon – vor allem wenn er oder sie die Wahl hat – in ein Land ziehen, wo Regierungsparteien eine Zwei-Klassen-Gesellschaft der Zuwandernden predigen. Und wo Kinder mit Migrationshintergrund sehr viel seltener den Sprung auf das Gymnasium und in ein Studium schaffen als ihre deutschen Mitschüler und Mitschülerinnen. „Wer eine Willkommenskultur in Deutschland schaffen will“, sagt Süzen, „darf den Rassismus in diesem Land nicht verschweigen.“ Mit der Kultur müssen sich aber auch die Institutionen verändern. Der Rat für Migration, ein bundesweiter Zu-

# Keiner will kommen

**Viele Wege führen nach Deutschland. Diese aber sind bei vielen Migrantinnen und Migranten nicht bekannt. Nicht zuletzt, weil der interne Kompetenz-Wirrwarr weitere Fortschritte blockiert.**

Talibe Süzen,  
Bundesverband der  
AWO, Berlin



sammenschluss von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, fordert die künftige Bundesregierung daher auf, die Migrations- und Integrationspolitik institutionell zu reformieren und den aktuellen „Kompetenz-Wirrwarr“ zu beseitigen.

### Offener Brief: Rat für Migration fordert Reformen

Demnach soll die Zuständigkeit für diesen Politikbereich künftig nicht mehr beim Bundesinnenministerium liegen, sondern in einem Querschnitts-Ministerium, das aus dem Bundesministerium für Arbeit und

Soziales hervorgehen kann und das über die eigenen Ressortgrenzen hinweg die Aktivitäten anderer Ressorts in diesem Bereich koordiniert, insbesondere die des Bildungs-, Familien-, Wirtschafts-, Innen-, Justiz- und Außenministeriums. „Bis heute ist es nicht einmal gelungen, einen geschlossenen Migrations- und Integrationsbericht vorzulegen und kontinuierlich fortzuschreiben“, heißt es in dem Offenen Brief, den der Rat am 1. Oktober 2013 veröffentlichte.

Daran wird sich wohl auch in Zukunft wenig ändern, denn der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD folgt diesen Forderungen nicht. „Trotz erkennbarer Fortschritte wurde versäumt, eine aufeinander abgestimmte Integrations- und Migrationspolitik aus einem Guss zu entwickeln“, zieht Petra Wlecklik vom IG Metall-Ressort Migration/Integration Bilanz. „Nach wie vor fehlt eine migrationspolitische Gesamtstrategie.“ ■

## Blaue Karte EU

Die Blaue Karte EU wurde gemäß einer EU-Richtlinie im August 2012 in Deutschland eingeführt. Sie vereinfacht die Zuwanderung von hochqualifizierten Ausländerinnen und Ausländern und regelt selbst das Niederlassungsrecht für akademische Fachkräfte verbindlich.

Laut Bundesinnenministerium hielten sich zum 30. November 2013 insgesamt 12.989 Menschen mit einer Blauen Karte EU in Deutschland auf. 7.191 erfüllten die Voraussetzungen in den „Regelberufen“, 5.789 in den „Mangelberufen“ (vorwiegend Medizin, Natur- und Ingenieurwissenschaften). Ein Tropfen auf den heißen Stein: Allein die deutsche

IT-Branche meldet aktuell 39.000 fehlende IT-Spezialisten. Zum 1. Januar 2014 wurden die Gehaltsgrenzen angehoben. Nunmehr gilt ein Mindestgehalt von 47.600 Euro in Regelberufen bzw. 37.128 Euro in Mangelberufen.

Für Menschen ohne Hochschulabschluss gibt es eine solch klare Richtlinie bislang nicht. Zwar hat die Bundesregierung im Juli 2013 die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Nicht-EU-Arbeitnehmer mit beruflicher Facharbeiter-Qualifikation beschlossen. Wer erwünscht ist und wer nicht, wird aber über eine „Engpass-Analyse“ bestimmt, die halbjährlich erstellt wird.



Foto: Nezih Cetinkaya-Potthoff

# Dialoge in Düsseldorf

**Ängste abbauen, Vorurteilen begegnen, Netzwerke knüpfen. Am 9. November 2013 trafen sich rund 200 Menschen zum ersten Dialogtag in der rheinischen Metropole. Die IG Metall war aktiv mit dabei.**

Am 9. November 2013 trafen sich ein Dutzend IG Metall-Mitglieder auf Einladung ihrer Verwaltungsstelle sowie des Ressorts Migration/Integration zum Dialogtag in Düsseldorf. Dabei setzten sich Männer und Frauen aus Ägypten, Bosnien, Deutschland, Italien, Serbien und aus der Türkei an einen Tisch. Etwa drei Stunden sprachen sie über die Vielfalt in ihrer Stadt sowie die persönlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die sie damit verbinden. Anschließend gingen sie wieder auseinander.

Die Idee der Dialogtage entstand nach den New Yorker Terroranschlägen des 11. September 2001 im niederländischen Rotterdam. Engagierte Bürgerinnen und Bürger luden da-

mals erstmals quer durch die Stadt Mitmenschen an die Dialogtische ein, um sich bei Kaffee und Gebäck über ein zuvor ausgewähltes Thema auszutauschen.

## Vorbild Niederlande: 20.000 Teilnehmende in 90 Städten

Seitdem zieht das Konzept große Kreise. Mittlerweile finden die Dialogtage in den Niederlanden jährlich im November statt. 2013 nahmen daran in 90 Städten und Gemeinden mehr als 20.000 Menschen teil.

„Ziel des Dialogtags ist es, einen regelmäßigen Beitrag zur interkulturellen Verständigung zu liefern und sehr unterschiedlichen Menschen, Gruppen und Organisationen eine

Gelegenheit zu bieten, ihre Kräfte zu bündeln und ihr Netzwerk zu vergrößern“, erklärt Sigrun Scheve, Projektleiterin bei der niederländischen Fachstelle für Diskriminierungsfragen. „Teilnehmerinnen und Teilnehmer treten in Verbindung mit Bürgerinnen und Bürgern, mit denen sie sonst nicht in Kontakt kommen. Vorurteile werden in Frage gestellt und das gegenseitige Verständnis wächst.“

Der Begriff „Dialogtag“ ist bewusst gewählt. Denn Dialog ist keine Diskussion. Anders als die Diskussion wird der Dialog durch Erfahrungsaustausch, gegenseitiges Zuhören und den Mut zur Verletzlichkeit geprägt (→ Tabelle). Der Dialog ist damit auch Voraussetzung für eine Willkommenskultur. Die Dialogtische werden moderiert, und es gibt feste Spielregeln für die Gespräche.

## Lasst uns reden: Gespräche folgen festen Spielregeln

Der erste Dialogtag in Düsseldorf stand unter dem Motto „Wir sind (D)üsseldorf – Wir sind NRW: Geschichten aus der Stadt der Vielfalt“. Er wurde vom Kulturverein Mosaik e.V. in Düsseldorf angeregt und von zahlreichen Institutionen unterstützt, darunter vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales in Nordrhein-Westfalen (NRW), den Stadtwerken sowie den städtischen Verkehrsbetrieben. Insgesamt gab es 16 Tische, an denen sich rund 200 Menschen trafen. Auch der königlich-niederländische Konsul hatte zu einem Tisch in die NRW-Landeshauptstadt geladen.

„Der Start war gut, jetzt muss man weitermachen“, zog Nihat Öztürk, der als 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Düsseldorf-Neuss den Tisch der IG Metall moderierte, sein Fazit. „Ja, wenn es in dieser Stadt wieder einen Dialogtag geben wird, dann ist die IG Metall auch wieder aktiv dabei.“ ■

## Diskussion und Dialog – Fünf Unterschiede

Diskussion	Dialog
Streit mit Argumenten	Begegnung und Erfahrungsaustausch
unpersönlich	persönlich
einander überzeugen wollen	einander kennenlernen
Siegeswille	Mut zur Verletzlichkeit
selektives Zuhören	aufmerksames Zuhören



# Arbeit in Angst

**Ausländische Werkvertragsarbeiter arbeiten und leben oft unter menschenunwürdigen Bedingungen. Zu diesem Urteil kommt die Task Force der Meyer Werft nach dem Tod zweier Rumänen.**

„Oft prägen Angst und Unsicherheit die Lebenssituation eines Teils der osteuropäischen Werkvertragsbeschäftigten“, heißt es in dem Bericht, den die Expertengruppe, auch Task Force genannt, am 26. November 2013 veröffentlichte. Das Zurücksenden in die Heimat komme einer fristlosen Kündigung ohne soziale Absicherung gleich. „Werkvertragsbeschäftigte sind so insgesamt kaum in der Lage, sozial gerechte Arbeitsbedingungen für sich durchzusetzen. Eine akzeptable Arbeits- und Lebenssituation war für einen Teil der Werkvertragsarbeiter mit rumänischen und bulgarischen Verträgen (...) zumindest bis zum Unglückstag am 13. Juli 2013 keineswegs gewährleistet.“

Die Meyer Werft hatte die Kommission einberufen, nachdem am 13. Juli 2013 zwei rumänische Werkvertragsarbeiter bei einem Brand ums Leben gekommen waren (→ „Meilensteine gegen Missbrauch“, S. 8).

## Rechtlos: Keine Lohnfortzahlung, kein Kündigungsschutz

Die Expertengruppe berichtet von Arbeits- und Lebensbedingungen, die an die menschenverachtende Ausbeutung im Frühkapitalismus des 19. Jahrhunderts erinnern. Demnach schwanken die täglichen Arbeitszeiten der Werkvertragsarbeiter



Bildquelle: Meyer Werft

auf der Meyer Werft zwischen 20 Minuten und fast 24 Stunden. Wenn es den Werkvertragsfirmen an Leuten fehlt, werden diese zu Doppelschichten verdonnert. Umgekehrt werden sie unbezahlt nach Hause geschickt, wenn es an Arbeit mangelt.

## Verbot: Verletzter darf nicht einmal Sanitäter aufsuchen

Eine Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Urlaub gibt es ebenso wenig wie einen wirksamen Kündigungsschutz. Zudem werden ausländische Werkvertragsarbeiter lediglich zu den Mindeststandards ihres Heimatlandes abgesichert. Ihre rumänische Krankenversicherung reicht in Deutschland aber maximal für eine Notversorgung.

Vorausgesetzt, sie können es sich leisten und wagen es, sich um ihre Gesundheit statt um ihre Arbeit zu kümmern. Selbst die kostenlosen medizinischen Leistungen der Meyer Werft wurden durch osteuropäische

Werkvertragsarbeitnehmer nur „unterdurchschnittlich“ in Anspruch genommen, hält die Task Force fest. Und die, die kommen, nennen aus Angst vor Repressalien bei der Behandlung ihren Namen nicht. Manchmal wird ihnen Erste Hilfe sogar verwehrt. In einem Fall verbot ein Vorgesetzter einem Verletzten sogar, einen Sanitäter aufzusuchen.

In den Wohnheimen leben die ausländischen Beschäftigten oft auf engstem Raum. Nach Recherchen der Task Force hatte sich einer der beiden Verunglückten mit zwölf weiteren Menschen ein 30 Quadratmeter großes Zimmer geteilt. Von Intimsphäre kann da keine Rede mehr sein. Beschwerden beim Vermieter helfen meist nicht weiter. Schließlich ist dieser oft auch der Arbeitgeber. Von Erschwerniszulagen aber können diese Menschen nur träumen. Laut Task Force wurde ihnen nur selten mehr als 8,50 Euro pro Stunde bezahlt. ■

## Beschäftigungsverhältnisse nach Industriebranchen

Industrie	Automobil 1	Luftfahrt	Stahl	Schiffbau	Alle	Anteil (%)
Stammebelegschaft	763.000	72.400	61.000	16.800	913.200	69,5
Leiharbeit	100.000	10.000	2.100	2.700	114.800	8,7
Werkvertrag	250.000	10.000	19.000	6.500	285.500	21,7
Gesamt	1.113.000	92.400	82.100	26.000	1.313.500	100,0

Quelle: IG Metall, November 2013; 1 = inkl. Zulieferer

# Meilensteine gegen Missbrauch

Die Meyer Werft und die IG Metall haben unter Beteiligung des Betriebsrates einen Haustarifvertrag unterzeichnet, der die Arbeitsbedingungen von Werkvertragsbeschäftigten regelt. Eine bundesweite Premiere.

„Wir werden unsere neuen Möglichkeiten nutzen, damit ein Missbrauch von Werkverträgen verhindert wird“, sagte der Betriebsratsvorsitzende Thomas Gelder bei der Vertragsunterzeichnung am 16. September 2013. „Bei der Bezahlung werden wir darauf achten, dass der Mindestlohn von 8,50 Euro in der Stunde als unterste Grenze verstanden wird. Gut ist deshalb, dass wir uns darauf



Thomas Gelder,  
Betriebsratsvorsitzender  
der Meyer Werft

geeignet haben, diesen Mindestlohn regelmäßig und insbesondere bei Facharbeitertätigkeiten auf seine Verhältnismäßigkeit zu überprüfen.“

Der Vertrag trat am 1. Oktober 2013 in Kraft und endet am 28. Februar 2015. Kern der Vereinbarung ist, dass die Werft künftig alle Werkvertragsunternehmen verpflichtet, bestimmte Mindeststandards einzuhalten. Dazu zählen

- ein Brutto-Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde für alle Werkvertragsbeschäftigten mit Ausnahme der Auszubildenden.
  - das Gebot, dass Werkvertragsunternehmen Lohnnachweise, auch über im Ausland erbrachte Lohnzahlungen, der Werft auf Antrag vorlegen müssen.
  - die Einhaltung der nationalen Arbeitszeitnormen.
  - die Gewährung des gleichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes für Werkvertragsbeschäftigte wie für Stammmitarbeiter. Die Werft informiert die Werkvertragsbeschäftigten darüber in ihrer Muttersprache und räumt dem Betriebsrat für diesen Bereich bei Verstößen ein Interventionsrecht ein.
  - der Nachweis, dass die Unterbringung der Werkvertragsbeschäftigten den Zertifizierungsrichtlinien der Kommunen und Behörden entspricht.
- Darüber hinaus sichert das Vertragswerk diese Vereinbarungen ab:
- Beratung: Die Werft stellt zur Kontrolle und Prüfung der Einhaltung der sozialen Mindeststandards eine dauerhafte Beratungskapazität für Werkvertragsbeschäftigte bereit. Hierbei wird der Betriebsrat einbezogen.
  - Kontrolle: Eine paritätisch besetzte „Arbeitsgruppe Werkvertrag“ überprüft die Einhaltung der Mindeststandards und geht etwaigen Beschwerden nach. Die Werft wird die Arbeitsgruppe über Werkvertragsunternehmen unterrichten, die die Verpflichtungen auf die Mindeststandards ablehnen bzw. nicht einhalten. In diesen Fällen ist über Konsequenzen zu beraten und gegebenenfalls das Vertragsverhältnis mit dem Werkvertragsunternehmen zu beenden.
  - Information: Der Betriebsrat der Meyer Werft erhält erstmals Informations- und Mitwirkungsrechte im Bereich der Werkvertragsbeschäftigten. Ihm wird das Einsichtsrecht in die Verträge gewährt, dies unter Angabe über Firmen,

Laufzeiten, Einsatzzeiten, Umfang und Art der Arbeiten, Aufgabengebiete, Einsatzorte sowie die auftragsbezogene Entlohnung. ■

## Die Reaktion der Politik

Der Tod der beiden rumänischen Werkvertragsarbeiter am 13. Juli 2013 veranlasste auch die Politik zum Handeln.

**27. August:** Die niedersächsische Landesregierung beschließt, die Unterkunftssituation ausländischer Werkvertragsarbeitnehmer per Verordnung zu verbessern. Die kommunalen Spitzenverbände müssen dem noch zustimmen.

**12. September:** Die Stadt Papenburg erlässt eine Zertifizierungsrichtlinie für Wohnunterkünfte. Darin werden u.a. die Mindestgröße von Wohn- und Schlafräumen sowie die Reinigungsintervalle vorgegeben.

**20. September:** Acht Landesregierungen bringen im Bundesrat einen Gesetzentwurf „zur Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen und zur Verhinderung der Umgehung von arbeitsrechtlichen Verpflichtungen“ ein. Der Bundesrat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu. Nun muss sich der Bundestag damit befassen.

**27. November:** CDU, CSU und SPD verabschieden ihren Koalitionsvertrag. Die neue Regierung will künftig „rechtswidrige Vertragskonstruktionen“ bei Werkverträgen verhindern. Betriebsräte sollen Informations- und Unterrichtsrechte erhalten. Informationsrechte alleine seien nicht ausreichend, um Nachteile für Beschäftigte zu verhindern oder einen drohenden Arbeitsplatzabbau abzuwenden, kritisiert die IG Metall.



## MELDUNGEN

**++ BETRIEBSRÄTEPREIS FÜR VIelfalt** — Seit fünf Jahren wird auf Initiative der Fachzeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb“ der Deutsche Betriebsrätepreis vergeben. In diesem Jahr erhielten Mirze Edis und die Betriebsräte der Hüttenwerke Krupp Mannesmann (HKM) den Betriebsrätepreis in Bronze für ihre erfolgreiche Gleichstellungspolitik im Betrieb. Sie hatten einen Gleichstellungsbericht mit detaillierter Datenerhebung initiiert. Außerdem arbeitet ein paritätisch besetzter Ausschuss regelmäßig zur Förderung von Chancengleichheit im Unternehmen und entwickelt Aktivitäten. Darüber hinaus wurden weitere Betriebsräte für ihre beispielhaften Aktivitäten ausgezeichnet, etwa der Betriebsrat der Airbus Operation GmbH, der ein Förderprogramm für Industriemeisterinnen initiierte. Mehr Infos: [www.bund-verlag.de/zeitschriften/arbeitsrecht-im-betrieb/deutscher-betriebsraete-preis/meldungen/20130507-Pressmeldung.php](http://www.bund-verlag.de/zeitschriften/arbeitsrecht-im-betrieb/deutscher-betriebsraete-preis/meldungen/20130507-Pressmeldung.php)

**++ TERMIN VORMERKEN: IQ KONGRESS FEBRUAR 2014** —



Das Netzwerk Integration durch Qualifizierung (IQ), das 2005 vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales initiiert wurde, führt einen Kongress

zur Integration in Deutschland durch. Dieser findet am 4. und 5. Februar 2014 in Berlin statt. Eingeladen sind unter anderem Vertreterinnen und Vertreter aus Unternehmen, wie Betriebsräte und Vertrauensleute, sowie Sozialpartner und Migrantenorganisationen. Diskutiert wird die Frage, was Migrantinnen und Migranten in Deutschland zur Sicherung der Fachkräftebasis leisten können. Mehr Infos unter: [www.iq-kongress.netzwerk-iq.de/iq-kongress-start.html](http://www.iq-kongress.netzwerk-iq.de/iq-kongress-start.html)

**++ MEHR ABGEORDNETE MIT MIGRATIONSHINTERGRUND IM BUNDESTAG** — Langsam, aber stetig zieht die Vielfalt in den Deutschen Bundestag ein. Mehr Abgeordnete als jemals zuvor haben Migrationshintergrund oder sind Frauen. Von den 630 Abgeordneten haben laut einem Bericht des Mediendienstes Integration 37 der Parlamentarier Migrationshintergrund. Das sind 5,9 Prozent der Abgeordneten. Zum Vergleich: 19,5 Prozent der Einwohner Deutschlands haben Migrationshintergrund. Vor allem die Zahl der türkeistämmigen Abgeordneten ist gestiegen. Sie hat sich von fünf auf elf mehr als ver-

doppelt. Die meisten Abgeordneten mit Migrationshintergrund sind in der SPD zu finden (13), das sind im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Abgeordneten der SPD 6,7 Prozent. Die Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen haben mit 12,5 Prozent bzw. 11,1 Prozent den höchsten Anteil von Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Schlusslicht sind die Unionsparteien (3,1 Prozent CDU; 1,8 Prozent CSU).

Der Anteil an Frauen im Bundestag ist in allen Parteien gestiegen. Ihr Anteil beträgt 36 Prozent. Damit ist der Bundestag zwar noch weit davon entfernt, ein Spiegel der Gesellschaft in Deutschland zu sein. Aber immerhin: die Richtung stimmt. Mehr Infos unter: <http://mediendienst-integration.de/artikel/mehr-abgeordnete-mit-migrationshintergrund.html>

**++ WILDE STREIKS VOR 40 JAHREN** — 1973 legten hunderte türkische Beschäftigte von Ford die Arbeit nieder und forderten bessere Arbeitsbedingungen. Im gleichen Jahr traten erfolgreich Arbeiterinnen des Autozubehörunternehmens Pierburg in den Ausstand und auch in anderen Betrieben regte sich Widerstand gegen die ungleichen Arbeitsbedingungen von ausländischen Beschäftigten und Frauen. Die Arbeitskämpfe gingen als wilder Streik in die Geschichte ein. In vielen Reportagen und verschiedenen Filmen wurde zum 40. Jahrestag an die Streiks erinnert. In einigen IG Metall-Regionen liefen Informationsveranstaltungen. **Sammlung von Berichten zu 40 Jahre wilder Streik bei Ford:** <http://ford73.blogspot.de/> **Kurzfilm zum Streik der Frauen bei Pierburg:** <http://de.labournet.tv/video/6489/pierburg-ihr-kampf-ist-unser-kampf>

**++ INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS** — In diesem Jahr finden die Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 10. bis zum 23. März statt. Wie auch in den letzten Jahren ruft die IG Metall dazu auf, sich in den Betrieben mit zahlreichen Aktionen zu beteiligen und die Wochen zu nutzen, um Rassismus zum Thema zu machen. Materialien können auf der Seite des Interkulturellen Rates heruntergeladen werden: [www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de/materialien/](http://www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de/materialien/)



# Fit für Ford

Viele IG Metall-Betriebsrätinnen und Betriebsräte werden in den nächsten Jahren altersbedingt ihre Mandate niederlegen. Bei den Ford-Werken in Köln wurde daher ein wegweisendes Qualifizierungsprogramm für Nachwuchskräfte ins Leben gerufen.

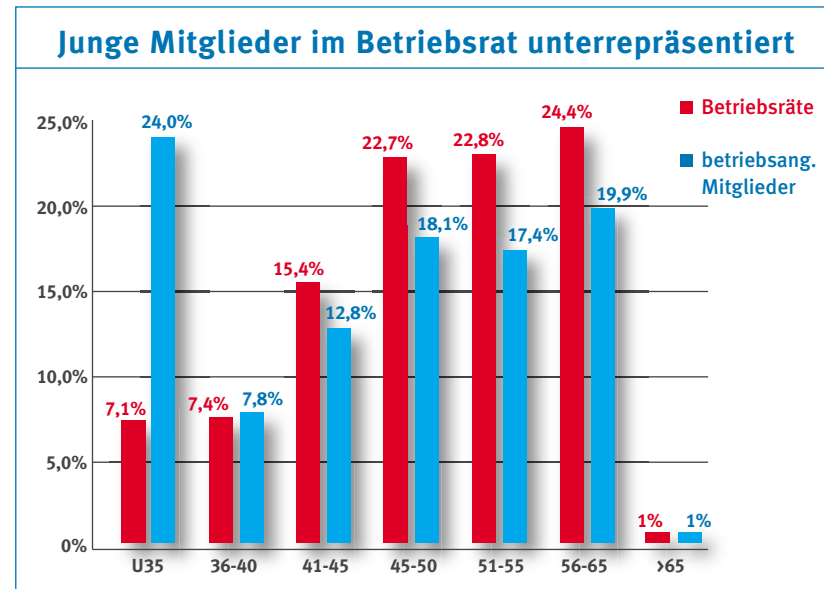
Ümit Öz hat klare Ziele – als Techniker und als IG Metalller. In der Abteilung „Akustik-Entwicklung“ bei den Ford-Werken in Köln entwickelt er leise Karosserien, als Vertrauensmann setzt sich der 40-Jährige seit vielen Jahren für die Interessen seiner Kollegen ein. Seit Anfang 2013



Ümit Öz,  
Vertrauensmann  
Ford-Werke  
Köln

nimmt er an der Weiterbildung „Fit für Ford“ teil. „Ich würde gerne Betriebsrat werden“, sagt er. „Dafür ist dieses Qualifizierungsprogramm eine sehr gute Vorbereitung.“

Von den rund 55.000 Betriebsrätinnen und Betriebsräten in den von der IG Metall betreuten Betrieben wird rund ein Drittel in den nächsten Jahren altersbedingt ihre Mandate niederlegen. Sollten sich keine engagierten Nachwuchskräfte finden, um die Lücken zu schließen, wird die Interessensvertretung im Betrieb geschwächt. Zudem werden „junge“ Themen keine Rolle in der Betriebs-



Junge Menschen sind gemessen an ihrem Anteil in der Belegschaft in den Betriebsräten stark unterrepräsentiert. In NRW machen sie zwar 24 Prozent der Belegschaft, aber nur 7,1 Prozent der Betriebsräte aus.

Quelle: IG Metall NRW

arbeit mehr spielen. Um diesem Trend entgegenzusteuern, hat Benjamin Gruschka bei Ford ein wegweisendes Qualifizierungsprogramm ins Leben gerufen. „Damit wollen wir engagierte Kolleginnen und Kollegen systematisch an die Betriebsratsarbeit heranführen.“

Der 33-Jährige, der auch als ehrenamtliches Vorstandsmitglied der IG Metall tätig ist, weiß, wovon er spricht. Seit 13 Jahren ist er im Betriebsrat tätig, seit rund einem Jahr steht er den rund 900 Vertrauensleuten bei den Kölner Ford-Werken vor. Diese Wahl nahm er zum Anlass, das Qualifizierungsprogramm „Fit für Ford“ gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen zu überarbeiten und an die Bedarfe der Zukunft anzupassen.

### Auf der Agenda: Die Bedrohung durch Graue Wölfe und Pro NRW

Heute besteht das Programm aus insgesamt 27 Modulen, die umfassendes Basis- und Detailwissen zu betrieblichen, gewerkschaftlichen, gesetzlichen und allgemeinpolitischen Fragestellungen vermitteln. Daher stehen nicht nur Punkte wie

„Tarifvertrag“ und „Betriebsverfassungsgesetz“ auf der Agenda, sondern auch migrationspezifische Themen wie der „Wilde Streik von 1973“ oder die Gefahren, die von rechtsextremen Gruppierungen wie den Grauen Wölfen oder Pro NRW für den betrieblichen Alltag drohen. Die Dozenten arbeiten ehrenamtlich und steuern das Fachwissen aus ihrer Arbeit bei Ford, im Betriebsrat oder der IG Metall bei.

Anfang 2013 ging das neue Programm erstmals an den Start. Bis Februar 2014 treffen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer alle zwei Wochen nach der Arbeit für eineinhalb Stunden in den Räumen des Betriebsrates. Alle waren bereits als Vertrauensleute der IG Metall aktiv, alle wurden auf Vorschlag ihrer Bereichs-Betriebsräte ausgewählt. Etwa die Hälfte der 25 Männer und drei Frauen hat einen Migrationshintergrund, acht davon sind als Angestellte tätig. Der Altersdurchschnitt liegt bei 33 Jahren. „Wir hatten mehr Bewerber als Plätze“, zeigt sich Gruschka über die Resonanz zufrieden. Die Module des Programms will er in Zusammenarbeit mit der IG Metall auch in anderen Kölner IG Metall-Betrieben zum Einsatz bringen. ■

# Mehr Schein als Sein

**Fachkräftemangel in Deutschland? Ein Randproblem. Zu diesem Fazit muss kommen, wer die Wirksamkeit des neuen Anerkennungsgesetzes überprüft. Fakt ist: Die Erfolge bleiben weit hinter den Erwartungen zurück.**

Am 1. April 2012 trat das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“, kurz „Anerkennungsgesetz“, in Kraft. Die damalige Bundesregierung wollte damit zum einen den Anreiz für Fachkräfte aus dem Ausland erhöhen, nach Deutschland zu kommen. Zum anderen sollte das Gesetz die Qualifikationspotenziale von hier lebenden Migrantinnen und Migranten für die Arbeitswelt erschließen und ihre Lebensleistung wertschätzen. Das Problem: Gut gedacht heißt noch lange nicht gut gemacht.

„Angesichts der Komplexität des Themas und der Vielzahl der am Verfahren Beteiligten gibt es nach Anlaufschwierigkeiten keine große-

schen, die einen Berufsabschluss aus dem Ausland vorweisen können. Dennoch wurden seit Inkrafttreten des Gesetzes nur rund 30.000 Anträge auf Anerkennung eingereicht (und in der Regel positiv beschieden). Auch Cammen räumt ein, dass diese Zahlen „deutlich geringer ausfallen als vorherige Schätzungen“. Obwohl der Industrie angeblich massenhaft Techniker und Meister fehlen, erhielten im ersten Jahr nur 120 Industriemechaniker eine Anerkennung. Fachkräfte aus Drittstaaten wurden bisher kaum berücksichtigt.

Warum liegt die Antragsquote so niedrig? Warum ergreifen nicht mehr Menschen die Initiative? Warum fahren hochqualifizierte Ingenieure weiterhin Taxi? Und warum gehen



Foto: ©Ingo Bartussek – Fotolia.com

bar. Wenn bei einer ausländischen Berufsqualifikation ein Baustein fehlt, wird daher in Deutschland nur eine Teilanerkennung ausgesprochen. Die notwendige Nachqualifizierung aber schießt vielfach über das Ziel hinaus.



Michael van der Cammen, Koordinierungsstelle Migration bei der Bundesagentur für Arbeit



Dušan Vesenjak, Ressort Migration/Integration der IG Metall

ren Probleme mehr“, zieht Michael van der Cammen, Leiter der Koordinierungsstelle Migration bei der Bundesagentur für Arbeit, Bilanz. „Das Verfahren spielt sich ein.“

„Das Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung“, hält Dušan Vesenjak vom Ressort Migration/Integration der IG Metall entgegen. „Die Umsetzung aber ist mangelhaft.“

In Deutschland leben schätzungsweise mehr als zwei Millionen Men-

erfahrene Ärztinnen weiter putzen? Dafür gibt es mehrere Gründe.

Für das Anerkennungsverfahren sind je nach Ausbildung ganz unterschiedliche Stellen zuständig. Mal sind es die Kammern, mal die Bezirksregierungen, mal die Hochschulen. Zudem haben bislang erst acht der 16 Bundesländer einheitliche Gesetze verabschiedet. Die ausländischen Abschlüsse sind nicht immer 1:1 mit den deutschen vergleich-

## Realitätsfern: Drei Wochen Bedarf, ein Jahr Weiterbildung

„Die Angebote gehen an der Wirklichkeit vorbei“, beobachtet Stephan Schiele vom Netzwerk „Integration durch Qualifizierung (IQ)“. „Da werden Leute in Maßnahmen geschickt, die bis zu einem Jahr dauern können, obwohl ihnen nur ein Baustein von drei Wochen fehlt.“

Hinzu kommen die finanziellen Belastungen. Abgesehen vom Verdienstaufschlag und den Kosten für die Beschaffung von Urkunden, Übersetzungen und Beglaubigungen fallen für die Nachqualifizierungen in der Regel rund 350 Euro, in besonderen Fällen sogar bis zu 1.000 Euro an. Viel Geld für Menschen, die oft schon damit kämpfen, sich und ihre Familien über die Runden zu bringen. ❖



Ein Bildungsträger, der für die Bundesagentur für Arbeit aktiv wird, muss mit 15 Teilnehmern kalkulieren, wenn er eine Nachqualifizierung wirtschaftlich durchführen will.

**Große Koalition: „Wir passen das Gesetz wo notwendig an“**

Vielen Migrantinnen und Migranten werden daher nicht die Lehrgänge angeboten, die ihren individuellen Bedarf decken, sondern solche, die gerade ausgelastet werden müssen. Vor diesem Hintergrund fordert Vesenjak drei Dinge: Das Recht auf ein Verfahren in ein Recht auf Anerkennung zu wandeln. Die Gebühren für das Verfahren zu senken. Und Nachqualifizierungen bezahlbar anzubieten.

Selbst die neue Bundesregierung sieht Handlungsbedarf. „Wir werden das Anerkennungsgesetz wo notwendig anpassen“, heißt es im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD. Künftig soll die finanzielle Unterstützung der Teilnehmerinnen ebenso verbessert werden wie die Beratung und die Betreuung. Und: „Für Menschen, die sogenannte informelle Kompetenzen erworben haben, die sie nicht durch Zertifikate belegen können, wollen wir neue Verfahren entwickeln und erproben, die zu Transparenz und Anerkennung führen.“ ■

**Mehr Infos:**

[www.anerkennung-in-deutschland.de](http://www.anerkennung-in-deutschland.de)  
[www.fachstelle-anerkennung.de](http://www.fachstelle-anerkennung.de)



**Bundesmigrationskonferenz 2014!**

Vom 2. bis 4. April 2014 findet unter dem Motto „Eine neue Willkommenskultur mit der IG Metall gestalten“ im Bildungszentrum Sprockhövel unsere 10. Bundesmigrationskonferenz statt. 120 Delegierte mit und ohne Migrationshintergrund werden dabei mit hochkarätigen Expertinnen und Experten über die Neuordnung der europäischen Zuwanderungsströme, Anerkennung und Teilhabe, Rassismus und viele andere Themen diskutieren und deutlich machen, wie eine neue Willkommens- und Anerkennungskultur in Unternehmen und Gesellschaft aussehen sollte.

**DEINE MEINUNG ZÄHLT**

Schreib uns, was du zu sagen hast! Schreib uns deine Meinung zur **IGMigration** per E-Mail: [igm-migration@igmetall.de](mailto:igm-migration@igmetall.de) oder mit der Post an: IG Metall Vorstand  
 FB Zielgruppenarbeit und Gleichstellung  
 Ressort Migration/Integration  
 Wilhelm-Leuschner-Str. 79  
 60329 Frankfurt am Main

**MITGLIED WERDEN – SO GEHT’S**

Wer Mitglied werden will, kann am Arbeitsplatz IG Metall-Vertrauensleute oder andere Kolleginnen und Kollegen ansprechen, die der IG Metall angehören.

Informationen im Internet: [www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)  
 per Telefon: 069/6693-2578  
 per E-Mail: [mitglieder@igmetall.de](mailto:mitglieder@igmetall.de)

**Beitrittserklärung**

Mitgliedsnummer  
  
(wird von der IG Metall eingetragen)

---

Weitere Informationen unter [www.igmetall.de/beitreten](http://www.igmetall.de/beitreten)

Name* <input type="text"/>	Geschlecht*	Geburtsdatum*
Vorname* <input type="text"/>	<input type="checkbox"/> M=männlich <input type="checkbox"/> W=weiblich	<input type="text"/> Tag <input type="text"/> Monat <input type="text"/> Jahr
PLZ* <input type="text"/>	Wohnort* <input type="text"/>	Straße* <input type="text"/>
Telefon ( <input type="checkbox"/> dienstlich <input type="checkbox"/> privat) <input type="text"/>	E-Mail ( <input type="checkbox"/> dienstlich <input type="checkbox"/> privat) <input type="text"/>	Hausnr.* <input type="text"/>
beschäftigt im Betrieb/PLZ/Ort <input type="text"/>		Staatsangehörigkeit* <input type="text"/>
<input type="checkbox"/> Vollzeit*      Beruf/Tätigkeit/ Studium/Ausbildung <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Teilzeit*      ab _____ bis _____ <input type="checkbox"/> Befristung <input type="checkbox"/> Ausbildung      Wie heißt der Einsatzbetrieb? _____ <input type="checkbox"/> Leiharbeit/Werkvertrag      Wie heißt die Hochschule? _____ <input type="checkbox"/> duales Studium <input type="checkbox"/> Studium		
angesprochen durch (Name, Vorname) _____		Mitgliedsnummer Werber/in <input type="text"/>

---

Stand: September 2013

\*Pflichtfelder, bitte ausfüllen

**Beitrittserklärung:**  
 Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich willige ein, dass zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften, personenbezogene Angaben durch die IG Metall und ihrer gewerkschaftlichen Vertrauensleute erhoben, verarbeitet und genutzt werden. Die Anpassung des Beitrags an die Einkommensentwicklung erfolgt u. a. durch gewerkschaftliche Vertrauensleute im Betrieb. Dabei werden aus betriebsöffentlichen Daten, wie der Tätigkeit und der damit verbundenen Eingruppierung, das Tarifentgelt und der Gewerkschaftsbeitrag ermittelt. Eine Weitergabe der Daten zu Marketingzwecken findet nicht statt.

**Kombimandat (wiederkehrende Lastschriften)**  
 Gläubiger-Identifikationsnummer der IG Metall: DE71ZZZ0000053939  
 Mandatsreferenz: Mitgliedsnummer01  
 1. Einzugsermächtigung (bis 31.01.2014): Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit zu Lasten meines angegebenen Girokontos einzuziehen.  
 2. SEPA-Lastschriftmandat (ab 01.02.2014): Ich ermächtige die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes zur vereinbarten Fälligkeit von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IG Metall auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.  
 Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

---

Ort, Datum

Unterschrift für den Beitritt\*

Bitte abgeben bei IG Metall Betriebsräten/-Vertrauensleuten, der IG Metall Verwaltungsstelle oder schicken an: IG Metall Vorstand, FB Mitglieder/Kampagnen, 60519 Frankfurt am Main

**Bankverbindung** Bank/Zweigstelle

IBAN

BIC

Bruttoeinkommen\*

Falls IBAN und BIC nicht zur Hand, bitte Kontonummer und BLZ angeben:  
 Kontonummer  BLZ

Kontoinhaber/in

Ort / Datum / Unterschrift für den Bankzugang\*

## MELDUNGEN



**++ WEITERHIN VISUMPFLICHT FÜR TÜRKEN** — Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschied, dass türkische Staatsangehörige weiterhin für die Einreise nach Deutschland ein Visum benötigen. Die türkische Klägerin hatte sich auf ein Zusatzprotokoll zum Assoziierungsabkommen der Europäischen Union mit der Türkei berufen, nach dem freier Dienstleistungsverkehr zugesichert wird. Sie argumentierte, passiv Dienstleistungen in Deutschland in Anspruch nehmen zu wollen. Das Gericht gab ihr nicht recht. Die passive Dienstleistungsfreiheit sei nicht im Abkommen eingeschlossen. *Europäischer Gerichtshof vom 24.09.2013, AZ: C 221/11*

**++ ANSPRUCH AUF HARTZ IV FÜR EU-BÜRGERINNEN UND -BÜRGER** — Neu einreisende Ausländerinnen und Ausländer konnten bislang in Deutschland keine Hartz IV-Leistungen beantragen. Das Bayerische Landesgericht entschied dazu nun, dass diese Regelung gegen das geltende EU-Recht der Gleichbehandlung verstoße. Geklagt hatte ein italienischer Staatsangehöriger, dessen Antrag auf Hartz IV abgelehnt worden war. Weil in vergleichbaren Fällen andere Landessozialgerichte gegenteilig entschieden hatten, ließ das Landessozialgericht die Revision zu. Um eine einheitliche Rechtspraxis herzustellen, soll nun das Bundessozialgericht entscheiden. *Bayerisches Landessozialgericht vom 19.06.2013, AZ: B 14 AS 51/13*

**++ KEIN ZWANG ZUR TEILNAHME AN INTEGRATIONSKURS** — Nach dem Aufenthaltsgesetz ist ein Ausländer zur Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtet, wenn er in besonderer Weise integrationsbedürftig ist

und die Ausländerbehörde ihn zur Teilnahme am Kurs auffordert. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg stellte nun klar, dass Ausländerbehörden bei Integrationskursen ihren Ermessensspielraum nutzen müssen. Geklagt hatte eine 62-Jährige, die zur Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtet wurde. Für die Frau, die unter einer Krankheit leide, sei die Teilnahme jedoch unzumutbar, so das Gericht. Außerdem sei sie nicht in besonderer Weise integrationsbedürftig. *Verwaltungsgericht Karlsruhe vom 12.06.2013, AZ: 11 S 208/13*

**++ AUFENTHALTSTITEL AUCH FÜR PATCHWORKFAMILIEN** — Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts kann ein Aufenthaltstitel auch in Patchworkfamilien erteilt werden. Patchworkfamilien sind Familien, in denen Kinder aus früheren Beziehungen eingebracht werden. In diesem Fall hatte der ausländische Kläger zwei gemeinsame Kinder mit einer ebenfalls ausländischen Partnerin, die ihrerseits noch ein Kind mit deutscher Staatsangehörigkeit hat. Er beantragte eine Aufenthaltserlaubnis, um eine familiäre Lebensgemeinschaft mit seiner Lebensgefährtin und den beiden gemeinsamen Töchtern herstellen zu können. Das Bundesverwaltungsgericht urteilte, dass in einem außergewöhnlichen Härtefall ein Aufenthaltstitel beansprucht werden kann. Der in Artikel 6 Grundgesetz festgelegte Schutz der Familien müsse beachtet werden. *Bundesverwaltungsgericht vom 30.07.2013, AZ: 1 C 15.12*

**++ „FREIWILLIGE“ AUSREISE** — Das Bundessozialgericht hat entschieden, dass abzuschiebende Flüchtlinge nicht gegen ihren Willen schriftlich erklären müssen, dass sie „freiwillig“ aus Deutschland ausreisen. In dem Fall verlangte die malische Botschaft für die Ausstellung von Passpapieren eine solche Ehrenerklärung. Die Klägerin lehnte ab, diese zu unterschreiben. Da sie ohne Passpapiere nicht abgeschoben werden konnte, sie aber nach den gesetzlichen Vorgaben am Asylverfahren mitwirken muss, kürzten die Behörden ihr die Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die obersten Sozialrichter gaben der Frau nun recht. Niemand könne gezwungen werden, eine solche Erklärung zu unterschreiben, wenn es nicht sein Wille wäre. *Bundessozialgericht vom 30.10.2013, AZ: B 7 AY 7/12 R*

**++ KEINE BEFREIUNG VOM SCHWIMMUNTERRICHT** — Muslimische Schülerinnen müssen am Schwimmunterricht teilnehmen, wenn sie einen Burkini – also einen den ganzen Körper verhüllenden Badeanzug – tragen könnten. Dies urteilte das Bundesverwaltungsgericht im Fall eines muslimischen Mädchens, das sich weigerte, am gemeinsamen Schwimmunterricht der Jungen und Mädchen teilzunehmen. Nach Ansicht des Gerichts vermittelt das Grundrecht der Glaubensfreiheit keinen Anspruch darauf, in der Schule nicht mit den Verhaltensgewohnheiten von Mitschülern konfrontiert zu werden. Eine Befreiung vom Unterricht aus religiösen Gründen könne es nur in absoluten Ausnahmefällen geben. *Bundesverwaltungsgericht vom 11.09.2013, AZ: 6 C 25.12*

# „Der Ausschuss ändert nichts“

Polizei und Verfassungsschutz haben die Opfer der NSU-Mordserie viele Jahre wie Täter behandelt. Wie konnte es dazu kommen? Welches Migranten-Bild herrscht in deutschen Behörden vor? Und was wird der Untersuchungsausschuss des Bundestags bewirken? Über diese Fragen sprach die IGMigration mit dem Münchener Rechtsanwalt Yavuz Narin.

**Herr Narin, Sie haben den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages intensiv beobachtet. Warum?**

**Narin:** Ich vertrete die Hinterbliebenen des mutmaßlich von der NSU ermordeten Theo Boulgarides als Rechtsanwalt und versuche ihrem Wunsch nach vollständiger

Aufklärung Geltung zu verschaffen. Der laufende NSU-Strafprozess in

München kann das aufgrund seines sehr eingeschränkten Untersuchungsgegenstandes nicht leisten. Deshalb habe ich den Untersuchungsausschuss mit Ausnahme weniger Sitzungen fast vollständig verfolgt.

**Was haben Sie erlebt? Welches Migranten-Bild herrscht in deutschen Behörden vor?**

**Narin:** Das Bild der Migranten, insbesondere das türkischer Menschen, ist von tiefstem Rassismus geprägt. Das gilt ausnahmslos für alle an dem Fall beteiligten Behörden von Bund und Ländern.



Foto: Jürgen Pohl

Yavuz Narin, Beobachter des NSU-Untersuchungsausschusses

**Können Sie ein Beispiel nennen?**

**Narin:** Nachdem die Ermittler die Täter über Jahre hinweg im Umfeld der Opfer gesucht, aber keine Spur gefunden hatten, versteiften sie sich auf die These eines kriminellen, türkischen Geheimbundes, der so konspirativ agiere, dass nicht einmal die Mitglieder wüssten, dass sie Mitglieder seien. Der Geheimbund vertrete einen rigiden Ehren-

kodex, der seinerseits so geheim sei, dass diesen niemand kenne. Die Opfer hätten dagegen verstoßen, und deshalb

mussten sie, so die Logik der Ermittler, sterben. Bei deutschen Opfern wäre so etwas niemals möglich gewesen.

**Gab es keinerlei vernünftige Ansätze?**

**Narin:** Doch. Der Profiler des bayerischen Landeskriminalamtes legte im Sommer 2006 eine Fallanalyse vor, die dem Duo Uwe Bönhardt und Uwe Mundlos sehr nahe kam: zwei Täter aus dem rechtsextremem Milieu, die als missionsgeleitete Einzeltäter Türken ermorden. Nachdem diese Hypothese der zentralen

Ermittlungseinheit BAO Bosphorus in Nürnberg vorgelegt worden war, gaben die Innenministerien von Bayern und Baden-Württemberg noch am gleichen Tag eine Gegenhypothese in Auftrag. Das bayerische Innenministerium beschloss zudem eine Medienstrategie, die verhinderte, dass in der Öffentlichkeit rassistische Motive als Ursache für die Mordserie diskutiert wurden. Das könne eine Hysterie in der türkischen Bevölkerung auslösen, sagte der BAO-Chefermittler damals. Lieber nahmen die Verantwortlichen in Kauf, dass die Angehörigen der Opfer in der Öffentlichkeit weiter als Drogenhändler, Pädophile, Menschenschmuggler und Schutzgelderpresser diffamiert wurden.

**Warum war der Widerstand gegen das Täterprofil so groß?**

**Narin:** Das Profil passte nicht in die offizielle Staatsdoktrin. Die besagte, dass es in Deutschland keinen rechten Terrorismus gibt. Daher musste überall das Bild des „kriminellen Türken“ verbreitet werden. Dafür wurden Spuren verwischt und Beweise unterschlagen. Beispielsweise erfassten Überwachungskameras Bönhardt und Mundlos, als sie ihr Nagelbombenattentat 2004 in Köln vorbereiteten. Verschiedene Zeuginnen, denen das Video vorgespielt wurde, erkannten die beiden darauf später wieder. Dennoch wurde in Bayern auf höchster Führungsebene beschlossen, diese Spur nicht weiter zu verfolgen. Das Video bekam nicht einmal eine Asservatenummer und existierte damit offiziell gar nicht mehr. Ich persönlich habe es neun Jahre nach dem Kölner Anschlag beim BKA sichergestellt. Nach zehn Jahren wäre es vernichtet worden, so wie viele andere Beweise auch.



Der Untersuchungsausschuss des Bundestages hat erst durch die Fernsehnachrichten erfahren, dass ihm dieses Video durch die Bundesstaatsanwaltschaft vorenthalten worden war.

### Wie verhielten sich die Ermittler auf der Arbeitsebene?

**Narin:** Abgesehen von den vielen Seilschaften zwischen Neonazi-Szene, Verfassungsschutz und Polizei, die im Zuge des Untersuchungsausschusses aufgedeckt wurden, kamen die rassistisch geprägten Vorgaben vielen Ermittlern persönlich entgegen. Getreu dem Motto „Es kann nicht sein, was nicht sein darf“ verwarf etwa im Hamburger Fall derselbe Chefermittler, der das Mordopfer Süleyman Taşköprü zuvor als Schmarotzer bezeichnet hatte, die Fallanalyse des bayerischen Profilers als unwissenschaftlich. Stattdessen flog er einen Wahrsager aus dem Iran ein, der mit der Seele des Opfers in Kontakt trat und anschließend einen jungen Türken als Täter benannte.

### Ein Einzelfall?

**Narin:** Keineswegs. Die Kölner Ermittler wandten sich an eine Wahrsagerin aus München, die über das Rauschen unbespielter Kassetten in Kontakt mit dem Jenseits trat, um den Mörder zu finden. Dabei gilt in Nordrhein-Westfalen seit den Zeiten der Weimarer Republik ein Gesetz, das okkulte Ermittlungsmethoden ausdrücklich verbietet. Unter vier Augen hat mir ein Ermittler einmal gesagt: Wenn man wirklich gewollt hätte, hätte man die Täter in drei oder vier Tagen gehabt.

### Sind Sie selbst ins Fadenkreuz rassistisch motivierter Ermittlungen geraten?

**Narin:** Ja. Nachdem ich das Mandat der Familie Boulgarides übernommen hatte, wurden auch Ermittlungen gegen mich aufgenommen. Und zwar von demselben Ermittler, der die Familie über Jahre hinweg mit verbalem Dreck beschmissen

»Wenn wir das Rassismus-Problem bei den Ermittlern nicht offen ansprechen, wird es keine signifikanten Änderungen geben.«

und die minderjährige Tochter unmittelbar nach dem Mord gefragt hatte, ob der Vater sie sexuell missbraucht habe. Am Tatort Boulgarides fielen übrigens wenige Tage nach dem Mord Anhänger des verurteilten Rechtsterroristen Martin Wiese auf. Der Beamte hielt es bis zum heutigen Tag nicht für notwendig, diese Personen näher zu überprüfen.

### Hat es bei den Behörden intern keine Widerstände gegen diese Praxis gegeben?

**Narin:** Ich habe viele Ermittler kennengelernt, die diese Praxis, nachdem sie aufgefliegen war, sehr kritisch sahen und sie auch ändern wollten. Diese Leute aber wurden oft mundtot gemacht, mit Geheimnisverratsprozessen überzogen oder zwangsversetzt.

### Glauben Sie, dass die Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse dazu beitragen werden, das Migrant-Bild in den deutschen Behörden zu verändern?

**Narin:** Nein, ganz bestimmt nicht. Der Untersuchungsausschuss des Bundestages wurde angesichts des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes in einem Burgfrieden von CDU und SPD beendet. Bis zum Schluss haben sich die Parteien

geweigert, die eigentliche Ursache, nämlich den institutionellen Rassismus in diesem Land, beim Namen zu nennen. Im Abschlussbericht taucht dieses Wort nicht auf. Zudem gibt es keine Empfehlung an den neuen Bundestag, diesen Ausschuss fortzusetzen.

### Aber der Bericht listet konkrete Forderungen auf.

**Narin:** Wenn wir das Rassismus-Problem bei den Ermittlern nicht offen ansprechen, wird es keine signifikanten Änderungen geben. Die Ermittler, die im Auftrag der Bundesstaatsanwaltschaft im NSU-Umfeld ermitteln, sind bis heute dieselben geblieben. Weder sie noch die Staatsanwälte wurden für ihr klägliches Versagen dienst- oder strafrechtlich belangt.

### Glauben Sie, dass sich eine Mordserie wie die des NSU in Deutschland wiederholen kann?

**Narin:** Wenn wir uns allein auf die Sicherheitsbehörden verlassen würden, wäre das möglich. Aber der Untersuchungsausschuss hat die Zivilgesellschaft sensibilisiert, die Kirchen, die Gewerkschaften und die freie Presse. Zudem leben wir in einem Rechtsstaat, der weitgehend funktioniert. Und alle zusammen werden, das hoffe ich, den Behörden künftig genauer auf die Finger schauen.

Herr Narin, wir danken für das Gespräch. ■

### Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages:

[www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/ua/zuntersuchungsausschuss/Vorl\\_ufer\\_Bericht/Vorl\\_ufiger\\_Bericht.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/ua/zuntersuchungsausschuss/Vorl_ufer_Bericht/Vorl_ufiger_Bericht.pdf)

# Diktatur der Uhr

Urban Art meets Union: Mit diesem Entwurf beteiligte sich Jim Avignon an dem gleichnamigen Wettbewerb zur Gestaltung der Fassade des IG Metall-Bildungszentrums in Sprockhövel.



Bildquelle: gfp/köln: Urban Art meets Union

Der Wettbewerb fand in Kooperation der IG Metall mit dem Kölner CityLeaks Urban Art Festival 2013 statt. Das Thema: „Zeit! Arbeitszeit ist Lebenszeit!“ Jim Avignon lebt

derzeit in Berlin und war einer von sieben internationalen Streetart-KünstlerInnen, die an dem Wettbewerb rund um unser Bildungszentrum in Sprockhövel

teilnahmen. Avignon, Jahrgang 1968, arbeitet als Maler, Musiker, Illustrator, Pop-Art-Künstler. **Mehr Infos dazu aktuell unter: [www.igmetall-sprockhoevel.de](http://www.igmetall-sprockhoevel.de)**